



# HESSISCHER LANDTAG

19. 06. 2019

Plenum

## **Dringlicher Antrag**

### **Fraktion DIE LINKE**

#### **Kinder- und Jugendhilfe in Hessen stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Bericht zur Situation der staatlichen Kinder- und Jugendhilfe in Hessen mit dem Schwerpunkt des Kinder- und Jugendschutzes im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss zu geben. Dabei sollen mindestens folgende Unterpunkte berücksichtigt werden:
  - a) kommunale Finanzausstattung und Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung der staatlichen Kinder- und Jugendhilfe,
  - b) Entwicklung der Personalausstattung in den Jugendämtern in den vergangenen zehn Jahren und Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung der staatlichen Kinder- und Jugendhilfe,
  - c) Kostensteigerung in der Kinder- und Jugendhilfe und bei der Stärkung der präventiven Arbeit,
  - d) Mechanismen der Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe,
  - e) flächendeckende Verfügbarkeit, Erreichbarkeit und Barrierearmut von Ansprechpartnerinnen und -partnern sowie Kontaktstellen für Kinder und Jugendliche, Eltern und pädagogisches Personal zu Fragen des Kinder- und Jugendschutzes,
  - f) Etablierung von Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche im Sinne des Auftrags der Kinder- und Jugendhilfe,
  - g) Schnittstellen zwischen Behörden, Trägern, weiteren Institutionen und mögliche Reibungsverluste im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie
  - h) zukünftige Entwicklungsperspektiven der Kinder- und Jugendhilfe auch mit Blick auf die anstehende Reform der Jugendhilfe im SGB VIII.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Konzept für die Verwirklichung der Kinder- und Jugendrechte in Hessen vorzulegen, um dem neuen Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Dabei müssen insbesondere die Minderung der Folgen von Kinderarmut und der Schutz von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, die mit und ohne Eltern in den letzten Jahren nach Hessen gekommen sind, im Mittelpunkt stehen.
3. Der Landtag beauftragt den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, zu dem vorstehenden Bericht und dem zu erstellenden Konzept eine Anhörung unter Berücksichtigung der fachrelevanten Akteurinnen und Akteure durchzuführen.

#### **Begründung:**

Auf die hessischen Jugendämter kommen neue Herausforderungen und große Verantwortung zu. Die unzureichende finanzielle Ausstattung führt jedoch oft dazu, dass Prävention vernachlässigt wird und die vorhandenen Mittel zur Krisenintervention eingesetzt werden müssen. Gerade Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst haben zu viele Familien zu betreuen. Seit Jahren gibt es Bemühungen auf Bundesebene, den veränderten Bedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe besser gerecht zu werden, die notwendige Reform des SGB VIII blieb jedoch bisher aus.

Aktuell bekannt wurde, dass in Hessen entgegen dem Bundestrend im Jahr 2018 mehr Kindesmisshandlungen zu verzeichnen gewesen sind. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden 311 Fälle registriert. Die hohen Fallzahlen verweisen auf eine begrüßenswerte Sensibilisierung

bezüglich der Schutzrechte von Kinder und Jugendlichen, zugleich zeigen sie den unvermindert hohen Handlungsbedarf.

Aus diesen Gründen schlägt die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag vor, sich eingehend mit der bezeichneten Problematik zu befassen und einen Bericht der Landesregierung sowie ein zu erstellendes Konzept zur Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte mittels einer öffentlichen Anhörung zusammen mit Expertinnen und Experten zu diskutieren, um Verbesserungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Wiesbaden, 19. Juni 2019

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Janine Wissler**